ODENWALD KURIER

Zeitung der DKP für den Odenwald

Nummer 9
Oktober 2018

Guten Tag!

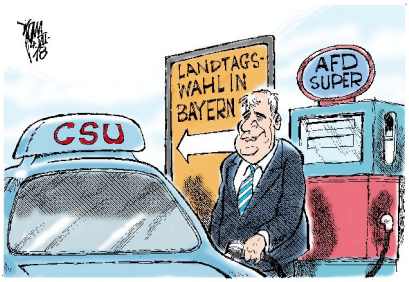
In Deutschland können wir eine Rechtsentwicklung beobachten, wie sie sich ähnlich in einigen Staaten Europas z.B. in Frankreich, Niederlande Dänemark, Polen, Ungarn, Österreich, Italien, seit längerem abzeichnet. Rechte Parteien, wie bei uns die AfD, bauen ihren Einfluss auf völkische, rassistische und islamfeindliche Parolen auf, und verbinden sie geschickt mit Angriffen gegen die sogenannten „etablierten Parteien“. Dies geschieht in einem Klima, wo schon die etablierten liberalen, christlichen und sozialdemokratischen Parteien auffällig nach rechts tendieren.
Die AfD ist beileibe keine Alternative zu den Etablierten. Das zeigt ihre Haltung, wenn es um Sozialabbau, Privatisierung von Gemeineigentum und Sozialsystemen oder um Aufrüstung geht. Ebenso wie die Parteien der großen Koalition steht die AfD zum Zwei-Prozent-Ziel bei den Rüstungsausgaben und will entschlossener Partner der NATO und Israels sein. So hat sie an der Aufstockung der Ausgaben für die Bundeswehr auf 75 Mrd. Euro nichts auszusetzen, hingegen widersetzt sie sich bei der Anhebung der Rente schon!

Hartz IV – der sicherste Weg in die Armut
Seit der Umsetzung der Agenda 2010 durch die rot-grüne Regierung und die Umwandlung der Arbeitslosenversicherung mit Schutzwirkung hin

zu Hartz IV haben sich berechtigte Abstiegsängste bei den Menschen breit gemacht. Schnell führt der Verlust des Arbeitsplatzes zum Verlust aller erarbeiteten Reserven und Sicherheiten. Gängelung und Repressionen der Behörden bescheren den Kapitalisten die billigen Arbeitskräfte zur Sicherung ihrer Zusatzprofite. Existenzängste gepaart mit rassistischer Hetze, wie sie die AfD aber auch die CSU propagieren, erzeugen den Nährboden, der unsere Gesellschaft spaltet. Die SPD hat mit ihrer kapitalistenfreundlichen Politik unter Kanzler Gerhard Schröder ihren Kredit bei den arbeitenden Menschen verspielt. Die Aussetzung der Vermögenssteuer, eine Erbschaftssteuer, die den Millionenerben zugute kommt und die Abwälzung der Steuerlast auf die breiten Volksschichten, lassen oben die Champagnerkorken knallen.
Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung besitzen rund 60 Prozent der etwa 11.000 Milliarden Euro des gesamten Nettovermögens und können sich über satte Zuwächse freuen. Die unteren 20 Prozent haben gar kein Vermögen.

Die AfD auf den Prüfstand

Die Meisten, die der AfD zur Zeit zuströmen, sind keine Rassisten und Nazis, sondern Enttäuschte der etablierten Parteien, die von ihrer Proteststimme eine Veränderung erhoffen. Wer Programm und Verlautbarungen der AfD und ihrer Wortführer genauer unter die Lupe nimmt, könnte erkennen, dass sie/er Verführern in die Falle geht. Doch die AfD erhält Stimmen gerade auch von Benachteiligten, die keine Programme lesen und schlechte Laune haben.
Das Bündnis **„ausgehetzt“** brachte am 22. Juli in München 50.000 Menschen gegen Hass und Ausgrenzung auf die Straße und zeigte uns auf, dass dieser Rassismus gegen Migranten zwar durch die AfD weiter zugespitzt wird, aber in der CSU besonders stark zur Machterhaltung bei den bayrischen Landtagswahlen angewandt wird.



DER ZWECK HEILIGT DIE MITTEL

Ob Horst Seehofer (CSU) mit Matteo Salvini und Viktor Orban oder Alice Weidel (AfD) mit dem rechtsextremen früheren Trump-Intimus Stephen Bannon den Schulterschluß suchen, spielt dabei keine Rolle. Ein Unterschied ist kaum zu erkennen.

Ursache dieser Rechtsentwicklung ist der Sozialabbau und die Umverteilung in die Taschen der Reichen, durch unsere rechten Regierungen. Die Abstiegsängste werden von den Rassisten für ihre Zwecke kanalisiert und genutzt. Dazu haben SPD, Grüne, FDP, CDU und CSU allesamt beigetragen. So treibt man die Wähler zu den Blendern der AfD.

Keine Koalition mit Rassisten!
Auf Bundesebene koaliert die SPD mit den Rassisten der CSU und braucht sich somit über ein Erstarken der AfD nicht zu wundern. Der beste Kampf gegen die AfD aber auch die CSU ist eine entschiedene Politik gegen Armut.
Robert Weber

Rund um den Erdball trafen sich am 5. Mai 2018 Menschen zum 200. Geburtstag von Karl Marx. Wir lassen den Wissenschaftler und Revolutionär hochleben, der die Welt nicht nur interpretiert hat; die Arbeiterklasse, die demokratischen und Befreiungsbewegungen haben mithilfe seiner Analysen die Welt verändert. Seine Ideen sind lebendig bis heute. Marx war ein schonungsloser Kritiker. Doch die Waffe der Kritik war für ihn keine Leidenschaft des Kopfes, sondern der Kopf der Leidenschaft. Er hat der Sehnsucht nach Befreiung eine Theorie und ein Ziel gegeben, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtlichtes Wesen ist«. Eine radikale Idee. In den ersten bisherigen Anläufen wurde sie erst keimhaft verwirklicht.
Marx war ein kühner Analytiker. Er ist in das Innerste des Kapitalismus vorgedrungen und hat dort die Kräfte gefunden, die ihn revolutionär überwinden können, die Ausgebeuteten, die Unterdrückten, die Erniedrigten, wenn sie erkennen: Wir sind nichts und müssten alles sein! Wir finden uns mit dieser Ausbeutergesellschaft nicht ab. Wir erheben unser Glas auf den 200. Geburtstag von Karl Marx.

Ob Säugling oder Greis: 1000 Euro pro Nase für Aufrüstung und Krieg?

Geht es nach der GroKo, so sollen die Rüstungsausgaben der BRD von derzeit 1,2% auf 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erhöht werden. Die Rüstungsausgaben der BRD (ca. 39 Mrd. Euro im Jahr 2017) würden sich – berücksichtigt man auch das jährliche BIP-Wachstum – in den nächsten zehn Jahren auf etwa 80 Mrd. Euro verdoppeln. Wer das bezahlen soll? Unter dem Dogma der Schuldenbremse („schwarze Null“) und der Weigerung, größere Vermögen oder Kapitalerträge stärker zu besteuern, werden diese Kosten im Wesentlichen der arbeitenden Bevölkerung zugemutet. Wir sollen also zahlen für „ihren“ Krieg!

Jedes Jahr 1000 € pro Nase für den Krieg?

Auf einen 4-Personen-Haushalt kommen dann jährlich knapp 4000 Euro!

Geld, das für die Finanzierung des Gesundheitssystems, der Pflege, unserer Schulen, für sozialen Wohnungsbau oder zur Verhinderung von Altersarmut fehlt.

Geld, für den deutschen Imperialismus, um „Verantwortung in der Welt zu übernehmen“, also um seine Interessensphären auszudehnen und den Zugang deutscher Konzerne zu Rohstoffen und Märkten zu sichern. Bei Umsetzung dieser Aufrüstungspläne wäre die BRD allein schon aufgrund ihrer ökonomischen Stärke die militärische Führungsmacht in

der EU und hätte einen größeren Militäretat als Russland. Und um die Bevölkerung auf diesen Aufrüstungskurs einzustimmen, wird kräftig am Feindbild Russland gestrickt ...
Nutzen wir die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ der Friedensbewegung, um außerparlamentarischen Druck auf die Kriegstreiber zu erzeugen.
Wir brauchen wieder eine starke Friedensbewegung, wenn wir uns gegen die Kriegsvorbereitungen in unserem Land wehren wollen.

Veranstaltung der Naturfreunde Bad König
Die NATO und der Kalte Krieg
Vortrag und Diskussion mit Jürgen Wagner
Am Mittwoch 31. Oktober 2018 um 19:00 Uhr
Gaststätte: Zum Deutschen Haus, Michelstadt, Bahnhofstr. 20
Jürgen Wagner ist Politikwissenschaftler und geschäftsführender Vorstand der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Lehrer oder Kampfjet

Informationsveranstaltung der GEW am 27. Mai 2018 an der TLS in Michelstadt

Bis 2030 wird voraussichtlich die Zahl der SchülerInnen in Deutschland auf 11,2 Millionen ansteigen. Es müssten in den nächsten Jahren 2500 Lehrkräfte zusätzlich eingestellt werden, um das heutige Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern zu halten. Schon heute fehlen vielerorts Lehrer. Immer größere Klassen und Unterrichtsausfall sind die Folge. Die

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) weist darauf hin, dass die Kosten für ein Militärflugzeug dem entsprechen, was die 2500 Lehrer für ein Jahr kosten würden. *(Aus UZ vom 17.8.18)*
Personalrätin Angelika Lerch, Sprecherin der Lehrergewerkschaft GEW Odenwaldkreis, stellte bei einem Treffen mit dem DGB Odenwaldkreis fest: „Besonders im Grundschul- und Förderschulbereich fehlen uns ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer! Der Einsatz fachfremder Lehrpersonen, die schlechtere Bezahlung und Befristung in Kauf nehmen müssen, ist die Folge des miesen Personalmanagements der Landesregierung. Hier ist es versäumt worden, genügend Ausbildungsmöglichkeiten für Referendare zu schaffen. Stattdessen nehmen die prekären Beschäftigungsverhältnisse in den Schulen zu. Die GEW kritisiert dies aufs Schärfste!“
Zur aktuellen Situation an den hessischen Schulen stellt Tony Schwarz, Vorsitzender des Gesamtpersonalrat und Mitglied des Vorstandes der Lehrergewerkschaft GEW Hessen, fest: „Die Arbeitsverdichtung und Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Das lässt sich sehr deutlich an den zahlreichen Überlastungsanzeigen vieler Kolleginnen und Kollegen aufgrund unbesetzter Stellen und dem Krankenstand ablesen. Zusätzliche Aufgaben und fehlende Ressourcen führen dazu, dass zu wenig Zeit für die Schülerinnen und Schüler bleibt und die Schulen am äußersten Limit arbeiten. Es ist höchste Zeit für einen grundlegenden Kurswechsel in der hessischen Bildungspolitik“. Mit dem 500-Millionen-Sofortprogramm der GEW für eine umfassende Bildungsoffensive erklärt die GEW: „Wir wollen den Lehrerinnen- und Lehrermangel beenden und die Arbeitsbedingungen an den hessischen Schulen durchgreifend verbessern. Das Sofortprogramm umzusetzen wäre hier ein erster Schritt. in die richtige Richtung“.

Warum bleibt die NSU-Akte 120 Jahre unter Verschluss? Was haben die zu verbergen?

Der NSU-Prozess ist vorbei, doch viel zu viele Fragen bleiben offen. er hessische Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Andreas Temme (in seinem Umfeld „Klein-Hitler“ genannt) war zum Zeitpunkt der Ermordung des Betreibers des Internet-Cafes Halit Yozgat in Kassel am Tatort und steht immer noch unter Mordverdacht.

Dennoch will der Verfassungsschutz eine Akte über seine Verwicklungen mit den Rechtsterroristen bis ins Jahr 2134 unter Verschluss halten. Unglaubliche 120 Jahre Sperrfrist für eine Akte des Verfassungsschutzes zum NSU: Damit konfrontiert hatte sich auch Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) im Juni 2017 überrascht gezeigt. "Wie bitte?", entfuhr es ihm. Die Linken waren auf die Existenz des Berichts gestoßen, den der hessische Verfassungsschutz verheimlichen wollte.

Unsere Schnüffler und die NSU-Kacke

Wir sind empört über Bündnis 90 Die Grünen, die in der Koalition mit der hessischen CDU diese miese Geheimhaltung gegenüber der Öffentlichkeit mitzuverantworten haben.
Wir fordern die Auflösung des Verfassungsschutzes, der sich demokratischer Kontrolle entzieht.

Der ODENWALDKURIER ist die Zeitung der DKP im Odenwaldkreis
Er erscheint mehrmals im Jahr in einer Auflage von 3.000
Exemplaren und wird kostenlos verteilt.
V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt,
reinhold-fertig@t-online.de
Spenden und Mitarbeitende sind herzlich willkommen!
Sparkasse Darmstadt
Stichwort „ODENWALDKURIER“
IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40

DKP

In eigener Sache

Der ODENWALDKURIER wird von der DKP im Odenwaldkreis erarbeitet. Wir denken kritisch, schreiben offen und lassen uns mit den Lügen und Halbwahrheiten anderer Medien nicht abspeisen.
Wenn Ihnen das gefällt, können Sie diese Arbeit unterstützen:
Geben Sie uns Hinweise, wenn im Betrieb oder Ihrer Gemeinde etwas schief läuft. Schreiben Sie Artikel oder Leserbriefe.

Mehr Geld für lebenserhaltende Pflege statt für lebens- und weltvernichtende Atomwaffen

Geht es um Erhöhung von Ausgaben für den sozialen Bereich, für die Verbesserung von Krankenversorgung und Pflege, dann ist angeblich kein oder nur sehr wenig Geld da. Dagegen fließen für Aufrüstung - auch mit Atomwaffen - Milliardenbeträge aus angeblich für Krankenversorgung, Pflege- und Sozialbereich nicht vorhandenen Mitteln problemlos. Bis zu 60.000 Fachkräfte fehlen derzeit in der Pflege. Bis 2025 können 215.00 Vollzeitfachkräfte fehlen.

Für 74% der Deutschen ist laut einer Umfrage die aktuelle Situation der Pflege das wichtigste Problem (nur für 34% ist dies die Zuwanderung!) Die Deutschen wissen in der Mehrheit schon, um was es geht: um reale soziale Probleme und nicht um AfD-Propaganda.

Inzwischen spricht man zu Recht von gefährlicher, ja lebensgefährlicher Pflege. Die Arbeitsbelastung pro Pflegekraft ist in den letzten Jahren um ein Drittel gestiegen, d.h. Druck und Stress haben rasant zugenommen, und damit hat sich das Fehlerrisiko enorm erhöht bis hin zu lebensbedrohlichen Situationen für Kranke und Pflegebedürftige. Inzwischen herrscht im Pflegebereich Fachkräftemangel, da immer weniger Leute bereit sind, die Ausbildung für einen derart stressigen und zudem noch schlecht bezahlten Beruf auf sich zu nehmen. Auch Fachkräfte mit guter Ausbildung und langer Erfahrung steigen aus dem Beruf aus, weil sie den Stress nicht mehr ertragen können und mit berufsbedingten Gesundheitsproblemen kämpfen müssen.

Atomwaffen raus aus Büchel! Abzug statt Modernisierung!

Am 6. August 1945 wurde erstmals durch eine US-Atombombe eine bewohnte Stadt komplett zerstört. In Hiroshima waren Zehntausende sofort tot, 140.000 bis zum Jahresende. Drei Tage später folgte der Abwurf auf die japanische Stadt Nagasaki mit 70.000 Toten.

Hiroshima, Holzschnitt von Kiyoshi Asai, 1945

Derzeit 20 Atombomben in Deutschland stationiert

Die Gefahr eines atomaren Infernos ist nicht gebannt. Derzeit haben neun Staaten ca. 17.000 Atomwaffen, 1.800 ständig einsatzbereit.

Der Atomwaffensperrvertrag verlangt die „allgemeine und vollständige Abrüstung“, aber die Atommächte modernisieren statt abzurüsten. So auch die 20 B-61-Atomwaffen in Büchel. Sie sollen zielgenauer, treffsicherer, für nukleare Erstschläge geeigneter werden. Die Hemmschwelle für den Einsatz würde sinken, das Risiko eines Atomkrieges steigen. Das gilt für 200 Atombomben bei uns, in den Niederlanden, Belgien, Italien und der Türkei.

Atomare Aufrüstung mit deutschen Steuergeldern
Dem Bund entstehen dadurch in Büchel Kosten in Höhe von 70 Millionen Euro. Wollte die CDU/CSU/FDP- Bundesregierung 2009 noch den Abzug der US-Atomwaffen, so stimmte sie 2012 deren Modernisierung zu. Damals protestierte die SPD, in der aktuellen Großen Koalition fordert sie keinen konkreten Abzug mehr.

Atomare Teilhabe Deutschlands beenden
Im sogenannten Ernstfall sollen durch Tornados der Bundeswehr die Bücheler Atombomben im Zielgebiet abgeworfen werden. „Atomare Teilhabe" nennt man das, was die Piloten in Büchel unter Verletzung des o.g. Sperrvertrags üben. Die übergroße Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt Atomwaffen ab!
Wir fordern

- **den Abzug der Atombomben aus Deutschland und deren Verschrottung weltweit**
- **keine atomare Teilhabe der Bundeswehr**
- **keine deutschen Steuergelder für atomare Aufrüstung**
- **keine „europäischen" Atomwaffen**
- **Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Kriegswaffenexporte**
- **Kürzung von Militärausgaben, statt 2% des BIP, wie die GroKo aus CDU/CSU und SPD beschlossen hat (also noch 30 Mrd. Euro mehr pro Jahr), dafür mehr Geld für zivile Bedürfnisse, insbesondere für Bildung und Soziales**
- **keine Bundeswehrwerbung an Schulen, in Arbeitsämtern und bei Berufsmessen**

Studie zu Armut: „Wie groß die Unterschiede ausfallen, das hat uns dann doch ein wenig überrascht"

Ein Verdiener reicht heute in vielen Fällen kaum noch aus, um die Familie vor Armut zu bewahren. Ist die Mutter in einer Paarfamilie länger nicht erwerbstätig, leben 32 Prozent der Kinder dauerhaft oder wiederkehrend in Armut. Das geht aus einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hervor. Noch gravierender ist die Situation, wenn die Mutter alleinerziehend und arbeitslos ist: Dann liegt der Anteil bei 96 Prozent.

Kinderarmut – das hat unsere Regierung zu verantworten!

Etwa 1,4 Millionen bedürftige Kinder tauchen nach Schätzung des Kinderschutzbundes in offiziellen Sozialhilfe-Statistiken nicht auf.

Etwa 4,4 Millionen Kinder in Deutschland sind nach Schätzungen des Deutschen Kinderschutzbundes DKSB von Armut betroffen - etwa 1,4 Millionen mehr als bisher angenommen. Ein Grund sei, dass viele Familien staatliche Leistungen nicht in Anspruch nehmen, also in den Statistiken nicht erfasst würden. "Oft liegt es daran, dass die Eltern mit

den bürokratischen Abläufen überfordert sind oder sich schlichtweg dafür schämen", sagte Kinderschutzbund-Präsident Heinz Hilgers. Regierung und Behörden setzten auch bewusst auf den abschreckenden Faktor der Bürokratie. "Die Verschleierungsmethoden der Ministerien funktionieren gut", sagte Hilgers. Dies sei ein "Armutszeugnis für ein reiches Land", kommentierte der Verband die Zahlen. Er forderte die Bundesregierung auf, entschlossener gegen Kinderarmut vorzugehen. Deren Pläne etwa zur Erhöhung des Kinderzuschlags seien "völlig unzureichend". Der Kinderschutzbund bezieht sich mit seinen Zahlen unter anderem auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen vom 18. Juni 2018.

Sogenannte aufstockende Leistungen nach Hartz IV nähmen geschätzt nur etwa 50 Prozent der Berechtigten in Anspruch. Das allein betreffe rund 850.000 Kinder unter 18 Jahren.
Zählen wir alles zusammen, kommen wir konservativ gerechnet auf eine Dunkelziffer von 1,4 Millionen Kindern. Alle diese Kinder fallen durch das Raster unseres Sozialstaates. Perspektivisch fordert der DKSB die Einführung einer einfachen und unbürokratischen Kinder-Grundsicherung.

»Raubbau an Renten wird fortgesetzt«

Nach Vorschlag des Finanzministers:
Kritik an sozialdemokratischer Nebelkerze und Forderung nach höherem Rentenniveau. Gespräch mit Reiner Heyse
Interview: Ralf Wurzbacher (aus „Junge Welt "vom 23.08.2018)

Bundesfinanzminister Olaf Scholz will die gesetzliche Altersvorsorge »zukunftssicher« machen. Das Rentenniveau solle nicht nur bis 2025 auf 48 Prozent stabilisiert werden, sondern bis zum Jahr 2040. Wie dankbar sind Sie dem sozialdemokratischen Vizekanzler?
Ich werde mich sicher nicht dafür bedanken, dass der seit 30 Jahren betriebene Raubbau an den Renten für weitere 20 Jahre fortgesetzt wird. Wer etwas gegen Altersarmut unternehmen will, muss die Altersbezüge erhöhen und darf sie nicht auf diesem kläglichen Niveau von 48 Prozent stabilisieren.

Immerhin will Scholz wenigstens das. Die Union dagegen verteufelt seinen Vorstoß, wohl weil ihren Politikern 48 Prozent noch zu viel sind.

Herr Scholz glaubt doch nicht wirklich, heute Beschlüsse für 2040 treffen zu können. Das Ganze ist nur ein trauriger Versuch, den weiteren Niedergang der SPD zu stoppen. Wer heute nichts ändern will, der redet über die ferne Zukunft. Dazu kommt noch, dass diese Zahl von 48 Prozent selbst nur eine Nebelkerze ist. Die wirklichen Rentenbezüge werden künftig sogar darunter liegen.

Wieso das?

Der Besteuerungsanteil der Renten wird sich schrittweise erhöhen. Auslöser dafür war eine Gesetzesänderung im Jahr 2004. Wer etwa in diesem Jahr in den Ruhestand geht, dessen Bezüge werden bereits zu 76 Prozent besteuert. Im Jahr 2040 werden die Renten dann zu 100 Prozent der Einkommenssteuer unterliegen. Die Größe, mit der die Politik immer hantiert, nämlich das Nettorentenniveau vor Steuern, verschleiert diese Entwicklung. Nimmt man das Jahr 2025, dann sinkt das Rentenniveau bis dahin nur durch Steuereffekte um weitere 3,8 Prozent.

Das heißt, ein Neurentner bekommt dann sogar weniger als 45 Prozent dessen, was er bis dahin verdient hat?

Die Sache ist komplizierter: In anderen Staaten wird mit der sogenannten Nettoersatzquote gerechnet. Man vergleicht dabei das Nettoeinkommen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben mit dem, was man im Ruhestand tatsächlich ausgezahlt bekommt. 2017 lag die Quote in Deutschland noch bei 61,1 Prozent. Mit der fälligen Mehrbesteuerung sackt der Wert bis 2025 auf 58,8 Prozent und 2040 auf 56,4 Prozent ab. Berücksichtigt man dazu die weiteren gesetzlich verankerten Dämpfungsfaktoren, droht die Quote sogar auf 50 Prozent abzurutschen.

Das klingt immer noch besser als diese 48 Prozent ...
Diese Zahl lenkt einerseits von den Realitäten ab, erzeugt aber auch Ängste. Die Größe Renten vor Steuern wurde genau in der Zeit aus dem Hut gezaubert, als die Kampagne gegen die staatliche und für die private Rentenversicherung in Fahrt kam. Den Menschen lässt sich leichter eine Riester-Rente andrehen, wenn man sie glauben macht, dass sie im Alter ins Bodenlose stürzen.

Wie stellen Sie sich eine sichere Rente vor?
Man sollte sich den Lebensstandard und die Lebensgewohnheiten, die man bis zum Renteneintritt hatte, bewahren können. Es ist ja nicht so, dass sich die Ausgaben für Wohnen, Essen, Reisen plötzlich halbieren würden. Wir sprechen uns deshalb für eine Nettorentenquote in der Größenordnung um 75 Prozent aus. Damit wären wir im internationalen Maßstab sogar noch bescheiden, in acht EU-Staaten liegt das Niveau bei über 80 Prozent, in Österreich bei über 90 Prozent.

Reiner Heyse, langjähriger Betriebsrat und IG-Metall-Funktionsträger, ist Mitinitiator von »Seniorenaufstand«, einem Koordinierungskreis gewerkschaftlicher Seniorenpolitiker im norddeutschen Raum seniorenaufstand.de

Und wo landet man, wenn man Ihre 75 Prozent Nettoersatzquote in die hierzulande gängige Nettorente vor Steuern umrechnet?
Etwa bei 60 Prozent. Das wären zwölf Prozentpunkte über dem, was Herr Scholz als angeblich auskömmliche Rente »stabilisieren« will. Bedenken muss man bei all dem auch, dass schon heute über 60 Prozent der Arbeitnehmer wegen ihrer Erwerbsbiographie die Durchschnittsrente gar nicht erreichen. Nach Berechnungen verschiedener Experten könnten im Jahr 2030 hierzulande über zehn Millionen Menschen in Altersarmut leben.
Was halten Sie davon, dass der DGB Scholz für seinen Vorschlag ausdrücklich gelobt hat?
Ich hätte mir mehr Kritikfähigkeit gewünscht. Es bedarf einer deutlichen Ansprache, dass es dringend eine Revitalisierung der gesetzlichen Rentenversicherung braucht – also die Rücknahme der vielen sogenannten Rentenreformen, die die SPD mitverbrochen hat.

Filmstart am Do. 8. Nov. 2018 im Kino in Höchst/Odw. Beginn 19:30 Uhr

Im November ist die Premiere eines Doku-Films, der einiges verspricht: In „Der marktgerechte Patient“ haben die Filmemacher Leslie Franke und Herdolor Lorenz die Gesundheitsversorgung in deutschen Krankenhäusern unter die Lupe genommen. Die Kernerkenntnis ihrer Arbeit bringt ein Arzt, den die beiden interviewt haben, mit den Worten auf den Punkt: „Die Frage ist nicht mehr, was braucht der Patient, sondern was bringt der uns?“ Anders gesagt: Für deutsche Kliniken steht nicht mehr der Erkrankte im Zentrum, sondern das Geld, das sich mit ihm verdienen lässt. Der Film legt offen, was „Fallpauschalen“ sind, was sie für Menschen bedeuten, die in ein Krankenhaus kommen, und warum in vielen Krankenhäusern längst nicht mehr von Patienten, sondern von „Kunden“ gesprochen wird.

Banken sind systemrelevant und müssen mit Steuergeldern geschützt/gerettet werden , Gesundheit nicht.

Kommunisten für Entlastung in den Krankenhäusern…

Die Unterbesetzung an den Krankenhäusern gefährdet die Versorgung der Patienten und die Gesundheit der Beschäftigten. Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder setzen damit die Forderungen und Vorgaben der Arbeitgeberverbände, der Konzerne und Banken um. Nun präsentiert sich der Gesundheitsminister Jens Spahn als Lichtgestalt, der endlich die Probleme in den Kliniken angeht.

Das zeigt vor allem eins: Die Bewegung für Entlastung ist so stark geworden, die öffentliche Sympathie für deren Forderungen ist so groß, dass die Regierung sie nicht einfach beiseite wischen kann. Aber was Spahn verspricht, reicht nicht einmal, um die drängendsten Probleme zu lösen. Zuletzt hatte ver.di nach wochenlangen Streiks Ende August an den Unikliniken Essen und Düsseldorf Vereinbarungen zur Entlastung durchgesetzt. Am Klinikum Augsburg haben Gespräche zur Entlastung bislang keine Einigung gebracht; deshalb bereitet ver.di dort Arbeitskampfmaßnahmen vor.

Wir unterstützen die Forderungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen nach Entlastung. Ihr kämpft nicht nur für euch, sondern für alle arbeitenden Menschen. Ihr kämpft nicht nur für euch, sondern für alle, die sich keine „Komfortstation“ leisten können.

DKP-Termine:

Mitgliederversammlung am 22. November 2018 um 18:00 Uhr
In Restaurant an der Erbacher Festhalle

Infostand am 23. November 2018 ab 09:30 Uhr am Wochenmarkt in Michelstadt